

Stellungnahme zum Beteiligungsverfahren  
„Wo wollen wir wohnen“  
am 17.11.2018

Ulrike Knipping  
Angelikastr. 8  
45130 Essen

Sehr geehrte Damen und Herren,

sowohl bei der Veranstaltung selbst als auch in der Presse ist wiederholt von einer gemeinsamen Priorisierung der Bauflächen durch die Bürger/innen die Rede gewesen. Als eine der beteiligten Personen widerspreche ich dem entschieden.

1. Soll man Aussagen über die vorrangige Bebauung bestimmter Flächen machen, fragt man sich doch unwillkürlich: Vorrangig wovor? Man braucht also Informationen über andere Flächen.
2. Will man eine gemeinsame Richtung festlegen, sind Verfahren nötig, die möglichst viele Beteiligte einbeziehen.

Beides war an diesem Tag so gut wie gar nicht oder nur unzureichend gegeben.

In den Kleingruppen wurde innerhalb von 45 Minuten je eine einzelne potenzielle Bebauungsfläche auf Ihre Eignung für ein bestimmtes Bauvorhaben hin bewertet und in einer Skala von 1-5 eingeordnet

Die Arbeitshilfe, die wir dazu bekommen haben, bestand in einer Voreinschätzung der Fläche nach bestimmten Kriterien und einem Kartenausschnitt sowie einer Aufsicht auf das Areal und seine unmittelbare Umgebung. Informationen zu anderen Bauvorhaben lagen nicht vor.

In dieser Phase waren zwar Fachleute aus den zuständigen Fachbereichen für Fragen ansprechbar, die Umstände allerdings erzeugten einen starken Zeitdruck und ließen kaum genügend Ruhe, um selbst in der Kleingruppe eine gemeinsame Einschätzung angemessen herzuleiten.

Fazit: Aus diesen Einzeleinschätzungen der Kleingruppen lässt sich eine Priorisierungsabsicht nicht seriös herleiten – weder im Hinblick auf die Fläche selbst, noch (was der Moderator in der Schlussphase versuchte) auf ihre geografische Lage.

Eine sich anschließende 45minütige Phase des Austauschs zwischen den Kleingruppen verlief zufällig und ungerichtet und ermöglichte nur oberflächliche Einblick in weitere Bauvorhaben (maximal 9 von 90, wenn man zugrunde legt, dass es pro Austausch 5 Minuten braucht). Es wurden keine Ergebnisse dieser Phase festgehalten. Und natürlich wäre es ganz unmöglich gewesen, in dieser Zeit eine gemeinsame Priorisierung von fast 100 Flächen anzustreben.

Die so genannte Priorisierung bestand dann in einer Sammlung der einzelnen Flächenbewertungen in der Reihenfolge der Skalierungsstufen. Für jede Skalierungsstufe wurden die Einzeleinschätzungen gesammelt und auf einem Stadtplanumriss markiert, der darüber hinaus die Bezirksgrenzen deutlich machte. Durch den Eintrag dieser Einzeleinschätzungen in die Stadtplanumrisse entstand der Eindruck eines gemeinsamen Arbeits- und Abstimmungsprozesses mit dem Ergebnis einer gemeinsamen Priorisierung oder einer Empfehlung für die geografische Lage künftiger Bauvorhaben.

**Tatsächlich aber wurden nur Einzeleinschätzungen gesammelt, die von 3-5 Personen ohne Kenntnis anderer Flächen vorgenommen worden sind. Zu keinem Moment des Arbeitsprozesses gab es für die Kleingruppen die Aufgabe oder die Gelegenheit, diese Einzeleinschätzungen untereinander abzustimmen, in eine Rangfolge zu bringen oder aber eine bestimmte geografische Lage zu empfehlen.**

Führt man sich das vor Augen, fällt auf, wie dünn die Datenbasis ist. Zu dünn für die Behauptung einer gemeinsamen Entscheidung – und ebenso dürftig als Argumentationshilfe gegenüber betroffenen Bürger/innen.

Ich jedenfalls könnte mich mit einem ungeliebten Bauvorhaben nicht leichter anfreunden, nur weil ich weiß, dass 5 mehr oder weniger sachkundige Personen aus einem völlig anderen Stadtteil auch finden, dass hier ruhig gebaut werden sollte. Und genau das und nicht mehr ist – bei nüchterner Betrachtung – das Ergebnis des Beteiligungsprozesses.

Dazu ein kleines Beispiel zur Veranschaulichung:

Wenn 50 Personen eines Kegelclubs über die nächsten Ziele der gemeinsamen Reisen befinden – und jeder weiß, welche Ziele zur Auswahl stehen, dann lässt sich über die einfache Frage „Welches Ziel ist das geeignetste“ bis zu „Wohin auf keinen Fall“ eine Priorisierung herstellen. Dann ist die Aussage „die Vereinsmitglieder haben eine gemeinsame Priorisierung vorgenommen“ berechtigt. Denn alle haben in Kenntnis der Alternativen jede Möglichkeit bewertet. Es würde allerdings wohl kaum jemand behaupten, die Klubmitglieder hätten gemeinsam entschieden, nach Kopenhagen zu fahren, wenn er weiß, dass lediglich Franziska und Martin dieses Ziel geeignet finden. Und genauso wenig würde er Aussagen ableiten wie „Wir sollten vordringlich in den Norden fahren“, nur weil Franziska und Martin Kopenhagen und Susanna und Helmut Hamburg für ein geeignetes Ziel halten.

**Daher lege ich Wert auf die folgende Feststellung:**

**Ich habe mich mit zwei weiteren Frauen zu einem Bauvorhaben am Falterweg in Horst geäußert und ihm eine Eignung der Stufe 2 zugeordnet.**

**Ich habe damit nicht gesagt, dass der Falterweg eine Prioritätsstufe 2 haben sollte. Denn ich kannte die anderen Flächen nicht.**

**Ich habe auch nicht gesagt, dass vordringlich im Osten der Stadt bzw. in der Peripherie gebaut werden sollte.**

**Außerdem habe ich der Bewertung anderer Bauflächen nicht zugestimmt oder ihr widersprochen.**

**Auf diesem Hintergrund lehne ich es ab, unsere Kleingruppeneinschätzung als Beitrag zu einer gemeinsamen Priorisierung werten zu lassen.**

Noch ein Gedanke zur Ergänzung: Der Tag hatte eine hohe Erlebnisqualität.

1. Die Umgebungsbedingungen waren sehr günstig: Schönes Gebäude, freundlicher Empfang, super Catering, ein Geschenk zum Schluss und die Gelegenheit zu Gesprächen mit anderen.
2. Der Anschein von Selbstwirksamkeitserfahrungen für die Teilnehmer/innen war enorm stark:
  - man bekommt eine Aufgabe
  - die Ergebnisse werden gesammelt
  - sie werden in einem Kartenumriss markiert
  - der Oberbürgermeister nimmt die Bögen in Empfang und betont, sie ernst zu nehmen.

Das alles war sehr gut gemacht – und kann den Blick auf die Sinnhaftigkeit des Arbeitsansatzes und die Qualität der Methodik durchaus verstellen. Das mag die positive Resonanz der Mehrheit der Beteiligten erklären.

Darüber hinaus: Was hätte dagegengesprochen, sich systematisch und zielgerichtet mit den Sichtweisen der Teilnehmer/innen zu beschäftigen? Sind sie es doch, die ihr Viertel und die widerstrebenden Interessen dort kennen. Sie wissen, worüber sich die Nachbarn ärgern oder freuen und was sie befürchten. Dies mehr in den Blick zu nehmen, hätte einen echten Zusatznutzen erzeugen können. Stattdessen aber wurden die Teilnehmer/innen zu Hilfs-Sachbearbeiter/innen gemacht, um eine möglichst „unvoreingenommene“ Bewertung vorzunehmen – eine Aufgabe, die die Fachleute m.E. weit besser erledigen können. Will man eine solche Beteiligung wirklich, sind ganz andere Formate nötig, die auf gar keinen Fall in einem Tag erledigt sind.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Knipping